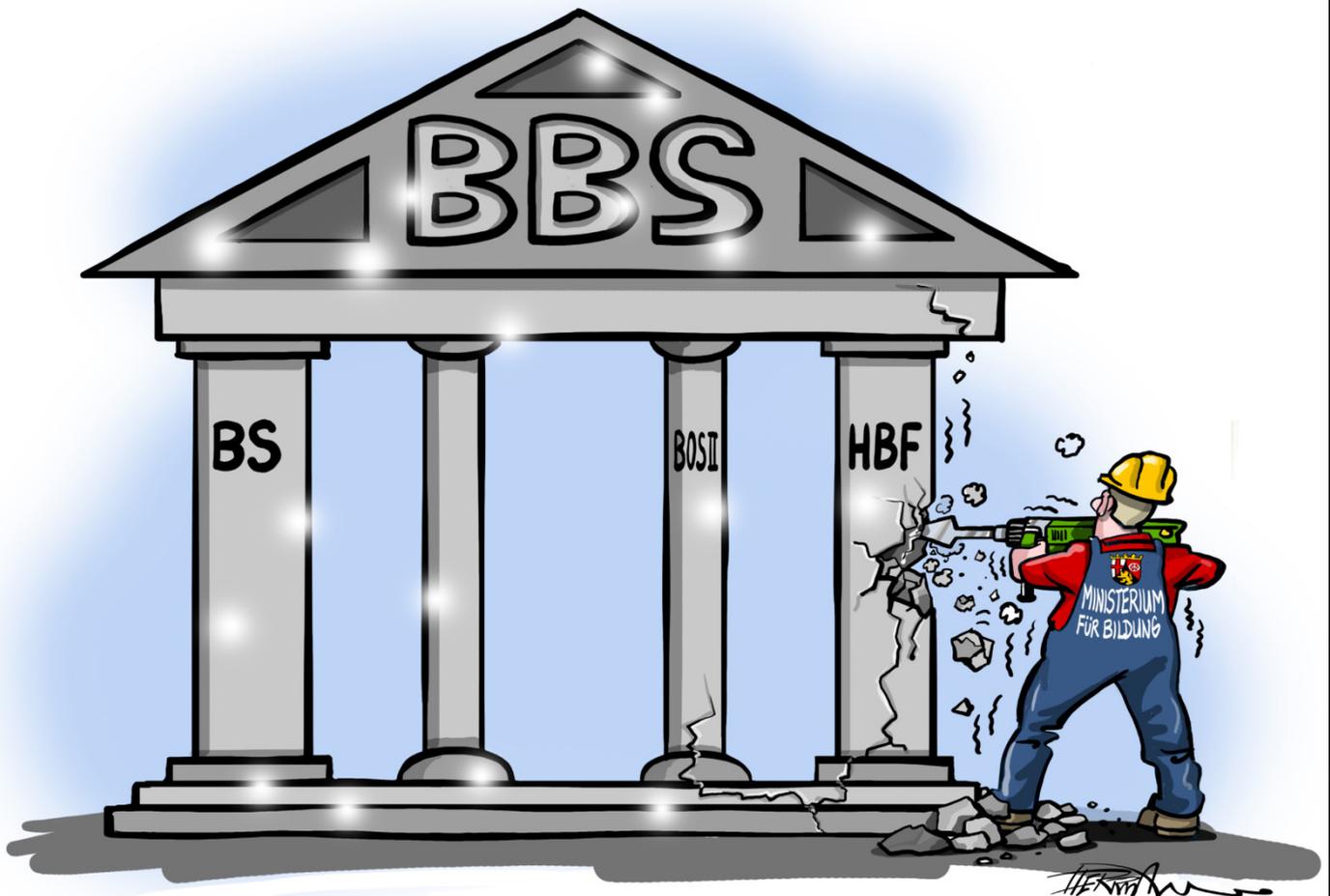


# VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verband der Lehrerinnen und Lehrer  
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz e. V.

Ausgabe 3/2017

November 2017



Baustelle HBF: Der VLW bezieht Stellung

Alter Wein in neuen Schläuchen? - Ergebnisse des Schulversuchs BS<sup>20</sup> vorgestellt

Aus dem Bundesverband: Gemeinsame Erklärung von VLW, BLBS und DIHK zur Digitalisierung

Aus dem Landesverband: Personalrätefortbildungen

Nachrufe Günter Neumann und Georg Jooß

Aus den Bezirken: Fortbildung zur Wettbewerbspolitik

## INHALTSVERZEICHNIS

### Bildungspolitik

Positionspapier des VLW zur Weiterentwicklung der HBF 3

Alter Wein in neuen Schläuchen? - Ergebnisse des Schulversuchs BS<sup>20</sup> vorgestellt 4

### Aus dem Bundesverband

Gemeinsames Positionspapier von VLW, BLBS und DIHK 5

### Aus dem Landesverband

VLW-Personalrätefortbildungen 2017 in Welling und Weisenheim am Berg 6

Nachruf Günter Neumann 7

Nachruf Georg Jooß 7

### Aus den Bezirksverbänden

Fortbildung des VLW-Bezirksverbandes Koblenz 8

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb.

Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

**Geschäftsstelle:** Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden

**Redaktion und Layout:** Dirk Mettler, Hildchen 7, 56077 Koblenz, Tel.: 02 61 - 20 06 90 16 dirk.mettler@vlw-rlp.de

**Druck:** wir-machen-druck.de

**Cover:** Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Alles neu macht der Mai“, heißt ein populäres Volkslied von Hermann Adam von Kamp aus dem 19. Jahrhundert. Bezogen auf unseren Verband stimmt das nur zum Teil. So haben die Personalratswahlen im Mai dieses Jahres keine Veränderung bei der Sitzverteilung in den beiden Stufenvertretungen BPR und HPR gebracht, lediglich eine personelle Veränderung gibt es: Da Michael Lutz mit Beginn des laufenden Schuljahres



seinen wohlverdienten Ruhestand angetreten hat, bin ich jetzt an seiner Stelle Mitglied des Hauptpersonalrates. Für seine Arbeit im HPR und besonders für sein Wirken als Öffentlichkeitsreferent im VLW sei ihm an dieser Stelle noch einmal ganz offiziell herzlich gedankt. Meinen persönlichen Dank schließe ich an für seine großartige Unterstützung in der Phase des Übergangs, insbesondere für das halbe Jahr zwischen unserer Landesdelegiertenversammlung vor nunmehr einem Jahr und den PR-Wahlen, in dem er so getan hat, als hätte es gar keine Neubesetzung auf dieser Position gegeben. Lieber Michael, vielen Dank!

Heute halten Sie also die erste Ausgabe des „VLW kompakt“ unter neuer Regie in Ihren Händen. Die Ideen, die ich für dieses Medium habe, möchte ich Schritt für Schritt umsetzen – wobei diese Schritte zumindest teilweise auch von meinen Fortschritten im Umgang mit der Layout-Software abhängen – und für Ihre Kritik und für Ihre Anregungen bin ich dankbar.

In dieser Ausgabe haben wir die wichtigsten Ereignisse des vergangenen halben Jahres zusammengefasst, wobei leider auch zwei Sterbefälle verdienter VLW-Mitglieder zu beklagen sind. Die größte Baustelle für unsere Verbandsarbeit stellt momentan – wie aus dem Titelbild ersichtlich wird – die Höhere Berufsfachschule dar. Unsere größte Sorge ist, dass die an sich begrüßenswerte Reform als Deckmantel für ein Sparpaket herhalten muss. Der Druck, der durch den Entschluss der Landesregierung, im Bildungssektor 310 Stellen durch strukturelle Reformen einzusparen, auf dem Bildungsministerium lastet, ist deutlich spürbar. Auch der Abschlussbericht aus dem Schulversuch BS<sup>20</sup> enthält Vorschläge, die die Alarmglocken zumindest leise erklingen lassen.

Wie Sie sehen, gibt es weiterhin viel zu tun für den VLW als Interessensvertreter aller Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen und damit auch gute Gründe für Ihre Mitgliedschaft im VLW. Und nun wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Lektüre des neuen „VLW kompakt“.

**Dirk Mettler**

**Referent für Öffentlichkeitsarbeit**

**D**er VLW begrüßt das Vorhaben, die HBF an veränderte gesellschaftliche und bildungspolitische Rahmenbedingungen anzupassen. Sparbemühungen unter dem Deckmantel der Reform lehnt der VLW hingegen vehement ab.

**D**ie Reformpläne des Bildungsministeriums sehen vor, die Höhere Berufsfachschule als vollschulische Erstausbildung zu profilieren. Deshalb orientiert sich die neue Stundentafel an den Vorgaben der KMK-Rahmenvereinbarung zur Ausbildung und Prüfung zum staatlich geprüften Assistenten an Berufsfachschulen. Des Weiteren wird das Pflichtpraktikum deutlich ausgeweitet (im Regelfall verdoppelt) und mit 640 Unterrichtsstunden in der Stundentafel verankert. Der Erwerb der Fachhochschulreife soll weiterhin möglich sein, der entsprechende Unterricht soll allerdings nicht mehr zum Pflichtkanon gehören, sondern muss gegebenenfalls zusätzlich absolviert werden.

Dies führt zu einer massiven Reduktion des Unterrichts - vor allem in den allgemeinbildenden Fächern - für jene Schüler, die nicht am FHR-Unterricht teilnehmen, welche in der Regel die schwächeren Schüler sind. Damit werden diese HBF-Schüler gerade in den Fächern benachteiligt, die für den Erwerb der von den Ausbildungsbetrieben geforderten Kernkompetenzen „Lesen, Schreiben, Rechnen“ von Bedeutung sind. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass eine wesentliche Aufgabe der HBF darin besteht, gerade in diesen Kul-

turtechniken Defizite auszugleichen, die die Schüler von ihren bisherigen Bildungsgängen der Sekundarstufe I mitbringen.

**D**ie Zahl der Fachrichtungen soll von derzeit 23 auf 9 plus x reduziert werden. Für den Bereich der Wirtschaft ist nur noch eine einzige Fachrichtung vorgesehen. Dies dient offensichtlich dem Ziel, in den Oberstufen Klassen zusammenlegen zu können und somit Lehrerstunden einzusparen. Für die Schüler entfällt damit die Möglichkeit, differenzierte Qualifikationen zu erwerben, und die hohe Unterrichtsqualität in tendenziell kleineren Oberstufenklassen wird dem Spardiktat geopfert. Der VLW lehnt dies ab und fordert, im Bereich der Wirtschaft mindestens zwei Fachrichtungen (z. B. Handel und Industrie) beizubehalten.

**D**er Sparcharakter der Reform zeigt sich auch darin, dass für das jetzt deutlich ausge dehnte Praktikum kein Lehrkräfteeinsatz vorgesehen ist. Und das, obwohl die Praktikumserfahrungen in die Berichtsarbeit einfließen sollen, die wiederum prüfungsrelevant sein soll. Die Schülerinnen und Schüler in der Praktikumsphase unbe treut zu lassen, wäre aus Sicht des Verbandes unverantwortlich. Der VLW fordert hier eine Gleichbehandlung der HBF mit der Fachoberschule, die im organisatorischen Verbund mit der Realschule plus geführt wird. Dort wird das Praktikum von Lehrkräften qualifiziert betreut, die dafür bis zu vier Anrechnungsstunden je Klasse erhalten.

**M**it Beginn des laufenden Schuljahres hat an sechs rheinland-pfälzischen BBSn die Pilotierung der Reform begonnen. Die von uns geforderte Verschiebung dieser Pilotierung hat das Bildungsministerium ohne Begründung abgelehnt, unserer Forderung nach Verlängerung der Pilotphase auf zwei volle Schuljahre hat es hingegen entsprochen. Die dadurch gewonnene Zeit gilt es jetzt zu nutzen, um die Erfahrungen der Pilotschulen in die Reform der HBF mit einfließen zu lassen. Hier muss ehrlich reflektiert werden und Realitätssinn vor Wunschdenken stehen. Es darf nicht sein, dass Elemente, die sich in der Pilotphase nicht bewähren, am Schluss doch in der Verordnung auftauchen.

**D**ie Höhere Berufsfachschule ist ein bewährter Bildungsgang unter dem Dach der BBS. Sie hat in der Vergangenheit Tausenden von Schülern, die bei Verlassen der Sekundarstufe I zwar einen Schulabschluss besaßen, aber noch keinen passenden Ausbildungsplatz finden konnten, den Bildungsaufstieg ermöglicht und den Einstieg in die Berufswelt erleichtert. Diese gesellschaftlich unschätzbar wertvolle Funktion macht die HBF in unserer Bildungslandschaft unverzichtbar. Deshalb fordert der VLW, dass die Reform nicht zu Sparzwecken missbraucht, sondern tatsächlich dazu genutzt wird, die HBF zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler zukunftsfähig aufzustellen.

*Emmelshausen, 25.08.2017*

## Alter Wein in neuen Schläuchen? Ergebnisse des Schulversuchs BS<sup>20</sup> vorgestellt

**15 000 Auszubildende weniger - mit innovativen Modellen die duale Ausbildung in der Fläche sichern**

Im Rahmen einer Transfertaugung wurden die Ergebnisse des zweijährigen Schulversuchs Berufsschule 2020 (BS<sup>20</sup>)<sup>1)</sup> vorgestellt und diskutiert.

Der aus vier Handlungsfeldern bestehende Schulversuch hatte - neben dem Ziel, die derzeitigen Berufsschulstandorte transparent zu machen – die Aufgabe, pädagogische, organisatorische und technische Möglichkeiten zu erproben, mit denen die duale Ausbildung in der Fläche erhalten werden kann. Die Ergebnisse sollen schließlich auch als Basis für künftige Standortentscheidungen dienen.

Hintergrund ist die stetig rückläufige Zahl der dualen Auszubildenden im Land Rheinland-Pfalz. Wurden im Jahr 2009 noch knapp 80 000 Auszubildende geschult, sind es im laufenden Jahr nur noch ca. 65 000. Unsere berufsbildenden Schulen bekommen dies deutlich zu spüren. Immer kleiner werdende Klassen sind zwar eine pädagogische Chance, erregen aber unser Besorgnis bezüglich deren Zukunftsfähigkeit. Das Schließen der Klassen kann jedoch nicht die Lösung sein, denn dann ist die Chance auf Ausbildung insbesondere in den ländlichen Räumen womöglich für immer veran.

**Der VLW begrüßt deshalb ausdrücklich die strategische Zielsetzung des Landes, die berufsbildenden Schulen zu stärken und die Ausbildung in der Fläche zu erhalten.**

### Die vier Handlungsfelder

Die im **Handlungsfeld 1 (Standorttransparenz)** des Schulversuchs beschriebene systematische Erfassung der Berufsschulangebote des Landes und deren Darstellung im Schulatlas ist ein wichtiger Schritt hin zu Übersichtlichkeit und als Planungsgrundlage für künftige Standortentscheidungen.

Im **Handlungsfeld 2 (Curriculare Möglichkeiten)** ging es darum, die gemeinsame Beschulung unterschiedlicher Berufe zu erproben. Hier zeigte sich, dass dies, wegen der regionalen Besonderheiten und der unterschiedlich verfügbaren Kompetenzen vor Ort, am besten schulindividuell gelingt.

Das **Handlungsfeld 3 (Schulversuch)** beschreibt die Durchführung von BS<sup>20</sup>. Hierfür wurden neun über das Land verteilten Modellschulen bewusst ein großer Gestaltungsfreiraum zur Entwicklung innovativer Lösungen zugestanden. Neben der Auflösung der bisherigen Klassen wurde die Einführung von „Globalklassen“ erprobt, in denen ein Lehrerteam eigenverantwortlich die Aufteilung in Lerngruppen vornimmt, den Unterricht organisiert und erteilt. Somit kann Unterrichtsausfall vermieden werden und gleichzeitig die Heterogenität von Berufsschülern durch differenzierte Angebote Berücksichtigung finden. Als weiteres bedeutendes Feld, auch in Verbindung zum selbstgesteuerten bzw. selbstorganisierten Lernen und zur individuellen Förderung, ist die Implementierung webbasierter Lernformen zu sehen, die ebenfalls von vie-



len Teilnehmerschulen erprobt wurde.

Beim **Handlungsfeld 4 (Standortgespräche)** wird die Notwendigkeit thematisiert, gegebenenfalls Verlagerungen von Ausbildungsangeboten an Nachbarschulen in regionaler Nähe vorzunehmen. Dies soll jeweils im Diskurs von Kammern, Schulaufsicht und Bildungsministerium entschieden werden.

### Der VLW fordert angemessene Rahmenbedingungen

Der VLW sieht in dem Schulversuch durchaus einen Schritt in Richtung Zukunft. Die Ergebnisse zeigen jedoch deutlich, dass durch die neuen Organisationsformen die Komplexität der Aufgaben für die Schulleitungen und die Kolleginnen und Kollegen an unseren BBSn deutlich zunehmen wird. So wird sich die Präsenzzeit der in Teams organisierten Lehrkräfte zwangsläufig erhöhen. Die im Abschlussbericht beschriebene Erarbeitung von Lernangeboten für die Lernplattform Moodle liest sich, als ob die Lehrkräfte künftig ihre Schulbücher selbst schreiben müssten. Es gleicht einer Utopie zu glauben, dass sich dies mit den derzeitigen Rahmenbedingungen und noch dazu kostenneutral umsetzen

ließe. Allein die Bereitstellung der erforderlichen Hardware einschließlich eines funktionierenden Internetzugangs erfordert die Bereitschaft von Land und Schulträgern, deutlich mehr Geld für Bildung bereitzustellen.

Der VLW begrüßt es deshalb, dass für den kommenden Schulversuch das Thema „BBS 4.0“ angekündigt wurde. Die Notwendigkeit, im Bereich Digitalisierung und Industrie 4.0

den Anschluss zu halten, hat der VLW bereits an seinem Tag der kaufmännischen Schule am 20. März im Schloss Waldthausen betont (siehe dazu auch den Bericht in der SWR-Landesschau am 20. März).

Wir, die Kolleginnen und Kollegen an den berufsbildenden Schulen, sind bereit, die Veränderungen mit zu gestalten und fordern, dazu möglichst bald die entsprechenden Mittel zur Ver-

fügung zu stellen. Es ist jedoch eine Illusion zu glauben, dass wir zusätzlich zu den ohnehin schon starken Belastungen, einen solchen Veränderungsprozess ohne entsprechende Kompensation bewältigen können.

1) Ausführliche Hintergrundinformationen finden Sie im Abschlussbericht zum Schulversuch BS20, der auf dem Bildungsserver Rheinland-Pfalz als PDF-Datei heruntergeladen werden kann.

*Karl-Heinz Fuß*

## Aus dem Bundesverband Gemeinsames Positionspapier von VLW, BLBS und DIHK zur Digitalisierung



### **Berufsschulen von morgen benötigen 500 Millionen jährlich für Digitalisierung – Digital-Pakt#D reicht nicht aus**

Der Deutsche Industrie und Handelskammertag e.V. (DIHK) hat heute gemeinsam mit dem Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e.V. (VLW) und dem Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) ein Papier zur Stärkung der beruflichen Bildung und der Berufsschulen in Deutschland veröffentlicht. Es enthält Handlungsempfehlungen für die Politik in Bund und Ländern für die Ausbildung im ländlichen Raum, die Nachwuchskräfte-sicherung von Berufsschullehrern und die Modernisierung und Digitalisierung von Berufsschulen sowie die Stärkung der Dualen Ausbildung.

Der Investitionsbedarf für die Digitalisierung von Berufsschulen ist eine der zentralen Herausforderungen.

Durch den so genannten Digital-VLW kompakt 3/2017

Pakt#D soll die digitale Ausstattung aller Schulen finanziert werden. Bisher haben Bund und Länder 5 Milliarden Euro für die nächsten fünf Jahre geplant. Mit schätzungsweise 2,5 Milliarden Euro benötigen allein die Berufsschulen rund die Hälfte der Gelder, um sich für die Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft in unserem digitalen Zeitalter zu rüsten.

Um eine zukunftsfähige Ausbildung zu ermöglichen, ist eine Modernisierung der Ausstattung der Schulen mit zeitgemäßen Arbeitsmitteln auf technisch aktuellem Stand erforderlich. Dazu zählt neben der Bereitstellung mobiler Endgeräte und internetgestützten Lernplattformen auch der Ausbau des glasfaser-basierten Breitband-Internetzugangs. Berufsschulen müssen daher bei den Planungen von Bund und Ländern für den DigitalPakt#D einen besonderen Stellenwert erhalten.

Darüber hinaus müssen Bund, Länder und Kommunen ländliche Räume durch gute Infra-

struktur und Ausbildung in der Region stärken. Um Fachkräfte in der Region zu halten, müssen Berufsschulstandorte und Berufsschulangebote vor Ort aufrechterhalten werden. Berufsbildende Schulen sollen in die Lage versetzt werden, über regionale Grenzen hinweg Kooperationen einzugehen, um in seltenen Berufen einen wohnort- und betriebsnahen Unterricht zu ermöglichen.

Eine wichtige Voraussetzung zur Sicherstellung der Ausbildung von ausreichend und gut qualifizierten Berufsschullehrern sind zukunftssichere Konzepte für leistungsfähige Berufsschulen in den Regionen. Das gilt vor allem für berufsqualifizierende Fächer und den gewerblich-technischen Bereich (Metall-, Elektro-, Fahrzeugtechnik, Informatik). Die Ausbildung durch ausgebildete Fachlehrer ist ein wichtiger Gradmesser für die Qualität des Unterrichts. Es gilt daher die Attraktivität des Berufsbildes zu erhöhen und Anreize für den Beruf des Berufsschullehrers zu

schaffen. Das gelingt zum Beispiel, in dem das Berufsbild des Berufsschullehrers Teil der Berufs- und Studienorientierung wird, finanzielle Anreize und ein attraktives Arbeitsumfeld mit einer modernen Ausstattung geschaffen werden und der Quereinstieg erleichtert wird.

Insgesamt gilt es, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die die duale Ausbildung stärken und die Attraktivität der beruflichen Bildung erhöhen. Wir brauchen Investitionen in eine attraktive Berufsschullandschaft, die sowohl für Berufsschüler als auch für Berufsschullehrer interessant ist und sich am Bedarf der Wirtschaft orientiert.

**Stefan Werth (Fachlehrer für Wirtschaft, Wirtschaftsinformatik und Informationstechnische**

**Systeme, Ludwig-Erhard-Berufskolleg des Kreises Paderborn und stellv. Bundesvorsitzender des VLW):**

„Viele Schulen der beruflichen Bildung müssen modernisiert werden, da reicht es nicht, ein paar Leuchttürme mit überdurchschnittlich viel Geld aufzustellen, sondern alle Schulen sind flächendeckend nach ihrem Bedarf auszustatten. Bei allen technischen Debatten gibt das pädagogische Konzept die Richtung vor. In diesem Punkt scheint momentan noch der größte Bedarf zu liegen.“

**Eugen Straubinger (BLBS Bundesvorsitzender und Schulleiter der Philipp-Matthäus-Hahn Schule in Balingen):**

„Das deutsche Berufsbildungssystem schafft individuelle

Chancen und Lebensperspektiven. Daher freue ich mich, dass die Bundesregierung und die Kultusministerkonferenz die Attraktivität der beruflichen Bildung weiter stärken will und hoffe, dass zusammen mit den Bundesländern mehr in die sächliche und personelle Ausstattung der beruflichen Schulen investiert wird.“

**Dr. Achim Dercks (Stellv. Hauptgeschäftsführer DIHK):** „Die duale Ausbildung kann nur stark sein, wenn die beiden Partner Unternehmen und Berufsschule stark sind. Wir brauchen darum eine gemeinsame Berufsschuloffensive von Bund und Ländern. Diese muss für eine moderne digitale Ausstattung, betriebsnahe Berufsschulstandorte und einen ausreichenden Nachwuchs an qualifizierten Berufsschullehrern [...]“

## Aus dem Landesverband

### VLW-Personalrätefortbildungen in Welling und Weisenheim am Berg

Welche Aufgaben und Pflichten habe ich als gewähltes Personalratsmitglied? Wie kommuniziere ich am erfolgreichsten mit der Schulleitung und wie gehe ich mit den vielfältigen Erwartungen aus dem Kollegium um? Dies sind nur einige Beispiele für die Fragestellungen, mit denen sich neu- und wiedergewählte Personalräte am 11. bzw. 12. September auf Einladung des VLW befasst haben.

Die Grundlagen des Personalvertretungsrechts in Rheinland-Pfalz waren jeweils das Tagesthema, das in den ansprechenden Tagungsräumen des Hotels Post in Welling und des Hotels Speeter in Weisenheim am Berg im Fokus stand. Unter der Leitung von Kurt Flöck und Andreas Seehaus



(beide langjährige Mitglieder im BPR) wurden am Vormittag die gesetzlichen Regelungen zur Geschäftsführung ebenso beleuchtet wie die verschiedenen Formen der Beteiligungsrechte. Am Nachmittag referierte Karl-Heinz Fuß (seit 2001 im HPR) zu den Aufgaben der Stufenvertretung und den Regelungen zur Personalversammlung. Abgerundet wurde das Programm durch einen Vortrag von Dirk Mettler (neu gewähltes HPR-Mitglied) zum Entwurf der Neufassung der VV Mehrarbeit im Schuldienst.

Zwischendurch und im Anschluss gab es Gelegenheit, besondere aktuell anstehende Fragen zu diskutieren und zu klären. Am Ende des Tages bedankte sich das VLW-Team bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die aktive und diskussionsfreudige Beteiligung. Der VLW wünscht allen Personalrätinnen und -räten viel Freude und Erfolg in ihrem verantwortungsvollen Amt und steht als Ansprechpartner für Fragen gerne und jederzeit zur Verfügung.

*Andreas Seehaus*

### **Nachruf Günter Neumann († 30.05.2017)**

Unser Ehrenmitglied und ehemaliger Kollege Günter Neumann ist am 30. Mai im Alter von 78 Jahren nach langer schwerer Krankheit gestorben. Wir verlieren mit ihm einen geschätzten Kollegen, der sich mit Engagement für das berufliche Schulwesen eingesetzt hat. Günter Neumann engagierte sich schon als junger Kollege für unseren Verband, zunächst viele Jahre als Ortsvorsitzender und ab 1983 als Mitglied im Beirat des Landesvorstands. Durch seine Erfahrung als Schulleiter der BBS II in Kaiserslautern aber

auch in der Seminararbeit sowie durch seine vielfältigen Beziehungen zu Vertretern der Politik und der Wirtschaft war er dem Landesvorstand eine unschätzbare Hilfe. Nicht zuletzt leitete er fast ein Jahrzehnt die VLW-Landesdelegiertenversammlungen in souveräner Art und Weise.

Aufgrund seiner Verdienste wurde Günter Neumann im Jahr 2008 im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen zum VLW-Ehrenmitglied ernannt.

Am 8. Juni 2017 wurde Günter Neumann in seinem Heimatort Mehlingen, bei Kaiserslautern, würdevoll bestattet. Wir trauern



mit seiner lieben Frau und seiner Familie und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

### **Nachruf Georg Jooß († 27.10.2017)**



Der VLW Rheinland-Pfalz trauert um seinen ehemaligen Landesvorsitzenden Georg Jooß, der am 27. Oktober, kurz nach seinem 71. Geburtstag nach schwerer Krankheit von uns gegangen ist.

Während seines gesamten Berufslebens war Georg Jooß eng mit dem VLW verbunden. Bereits im Alter von 33 Jahren wurde er Mitglied im Landesvorstand, zunächst als Vorsitzender des Bezirksverbandes Pfalz. Doch das war nur der Anfang. 5 Jahre später wurde Georg zum stellv. Landesvorsitzenden gewählt und hat die damaligen Landesvorsitzenden

Helga Giebson und Klaus Flörchinger(†) tatkräftig unterstützt. Dabei machte er auch vor der Landesgrenze nicht Halt, sondern engagierte sich in den 90er Jahren sehr aktiv im geschäftsführenden Vorstand des VLW-Bundesverbandes, wo er von 1992 bis 1998 den Vorsitz des Ausschusses für Lehrerbildung innehatte. Mit Leidenschaft, fachlicher Kompetenz und einer tiefen Überzeugungskraft half er in dieser Zeit, die Verbandsstrukturen in den Neuen Bundesländern aufzubauen. Zeitgleich vertrat er den VLW im Hauptpersonalrat der berufsbildenden Schulen im Bildungsministerium in Mainz. Mit Blick auf dieses umfangreiche Engagement und die erlangte Sachkenntnis verwundert es wenig, dass Georg Jooß im Jahr 1997 von den Delegierten zum Landesvorsitzenden in Rheinland-Pfalz gewählt wurde. Es waren vor allem seine persönlichen Stärken, die ihn für das Amt auszeichneten. Es fiel ihm nicht schwer vor einem großen Publikum ad hoc eine Rede zu halten. In Verhandlungen mit Politikern und Referenten von Ministerium und ADD gelang es ihm immer wieder, Lösungen

und Kompromisslinien aufzuzeigen. Wenn Entscheidungen von strategischer Bedeutung getroffen werden mussten, hatte er die Auswirkungen im Blick und konnte von seinem erheblichen Erfahrungsschatz schöpfen. Er machte deshalb nicht nur im Verband, sondern auch an der Schule Karriere. So gab er im Jahr 2003 das Amt des VLW-Landesvorsitzenden an Karl-Heinz Fuß weiter, nachdem er zum Leiter der Berufsbildenden Schule Wirtschaft I in Ludwigshafen ernannt wurde. Dennoch stand er dem VLW-Landesvorstand weiterhin als kooptiertes beratendes Mitglied zur Seite. Erst nach seiner Pensionierung im Jahr 2012 wurde Georg Jooß, nach sage und schreibe 33 Jahren, feierlich aus dem Landesvorstand verabschiedet. Gleichzeitig wurde er zum Ehrenmitglied des VLW ernannt.

Am 3. November 2017 wurde Georg Jooß in seinem Heimatort Limburgerhof, bei Ludwigshafen, würdevoll bestattet. Wir trauern mit seiner lieben Frau und seinen Kindern und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Aus den Bezirksverbänden Fortbildung des VLW-Bezirksverbandes Koblenz

### Wettbewerbspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

Wie funktioniert Wettbewerb in der sozialen Marktwirtschaft? Zu dieser Fragestellung lud der VLW-Bezirksverband Koblenz interessierte Kolleginnen und Kollegen zu einer Fortbildungsveranstaltung am 27. April 2017 ins Food-Hotel in Neuwied ein.

Wettbewerbsrechtliche Fragestellungen sind fester Bestandteil der Lernfelder bzw. Lernbereiche in kaufmännischen Bildungsgängen. Vor diesem Hintergrund setzten sich 21 Kolleginnen und Kollegen von verschiedenen Berufsbildenden Schulen im Rahmen der Veranstaltung mit klassischen Themen wie Kartellrecht, Fusionen-Fusionskontrolle-Missbrauchsaufsicht, Grundzügen des europäischen Wettbewerbsrechts sowie der Struktur und den Aufgabengebieten des Bundeskartellamts auseinander.

Hierbei vermittelte Referent Michael Detering den aktuellen fachlichen Sachstand, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf praktischen Fällen aus dem Aufgabenbereich des Bundeskartellamts lag. Herr Detering



ist derzeit als stellvertretender Pressespecher des Bundeskartellamts tätig. Zuvor arbeitete er als Ökonom in einer der Beschlussabteilungen des Amtes.

Anhand vielfältiger Beispiele wurden Einschränkungen des Wettbewerbs durch Kartelle sowie Maßnahmen des Bundeskartellamts zur Sicherung des Wettbewerbs als Säule der sozialen Marktwirtschaft aufgezeigt. In einem weiteren zentralen Thema veranschaulichte Herr Detering Fragen zur Fusionskontrolle und Missbrauchsaufsicht anhand konkreter Fälle. Unter anderem wurden der

Ablauf eines Fusionskontrollverfahrens, die Abgrenzung des relevanten Marktes, die wirtschaftlichen Auswirkungen einer möglichen Fusion, die Formen des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung sowie die Ministererlaubnis an praktischen Beispielen erläutert. Hieraus ergaben sich viele interessante Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die im Dialog mit dem Referenten eine Klärung fanden.

Abschließend stellte Herr Detering beispielhaft einige Unterrichtsmaterialien vor, die auf der Homepage des Bundeskartellamts zum Download zur Verfügung stehen.

Die Fortbildungsveranstaltung fand bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine sehr positive Resonanz. Insbesondere die fachliche Leistung des Referenten und der Praxisbezug wurden lobend erwähnt. Auch verstand es Herr Detering, die Themen in einer interessanten Art und Weise zu präsentieren. Anklang fanden auch die angenehmen Rahmenbedingungen der Tagungsstätte.

*Kurt Flöck*

